



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

06.12.01

Finanzgebahren des Stadtsportbundes

Presseerklärung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten das öffentlich gewordene Finanzgebahren von Funktionären des Stadtsportbundes in mehrfacher Hinsicht für aufklärungsbedürftig.

Sowohl die Information über die zinslose Weitergabe von Mitteln an die Ehefrau des Schatzmeisters als auch die Entnahme von Mitteln für Börsenspekulationen erfordern eine sofortige gründliche Überprüfung dieser Vorgänge; die Einschaltung der Staatsanwaltschaft ist bei Vorliegen des Verdachts auf einen Subventionsbetrug unumgänglich..

Auf keinen Fall handelt es sich um die internen Belange des Stadtsportbundes, wie Oberbürgermeister Langemeyer behauptet. Durch die städtischen Zuschüsse ist die Art und Weise der Verwendung von Mitteln in jedem Fall von höchstem öffentlichen Interesse. In der heutigen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses mündete ein Vorstoss der Politik, sich mit dem Fall zu befassen, noch nicht in einem formellen Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt.

Dazu stellt Fraktionssprecherin Daniela Schneckenburger fest: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangen im Gegensatz dazu, dass das Rechnungsprüfungsamt unverzüglich tätig wird und die Vorgänge im Stadtsportbund untersucht. Falls die Vorwürfe gegenüber dem Präsident und dem Hauptgeschäftsführer sich als ungerechtfertigt erweisen sollten, kann ein entsprechendes Prüfungsergebnis nur im Interesse der Betroffenen und der Stadt sein. In jedem Fall hat das öffentliche Ansehen des Stadtsportbundes und seiner Repräsentanten schon jetzt Schaden gelitten. Nur eine vollkommene Aufklärung und unabhängige Überprüfung kann die Vertrauenswürdigkeit und letztlich auch die Voraussetzung für eine Förderung mit öffentlichen Mitteln wiederherstellen.

Falls sich bewahrheitet, dass öffentliche Mittel für private Transaktionen verwendet wurden, so handelt es sich unabhängig von der faktisch erfolgten Rückerstattung der Mittel um einen Fall, der personelle Konsequenzen unumgänglich macht. Auf keinen Fall dürfen Politik oder Verwaltung die Augen zu machen und den Mitgliedern des Stadtsportbundes die alleinige Beurteilung der Vorgänge überlassen